

Widerspruch 48905 179 - 186



Solidarité sans frontières

Sosf
Neuengasse 8
3011 Bern

www.sosf.ch
sekretariat@sosf.ch
031 3110770

PC 30-13574-6

Solidarité sans frontières (Sosf) setzt sich für die sozialen und politischen Rechte von MigrantInnen und asyl-suchenden Flüchtlingen ein. Sosf streitet für eine offene und solidarische Schweiz und kämpft dabei insbesondere gegen rechtliche Bestimmungen und administrative Praktiken, welche Flüchtlinge und MigrantInnen diskriminieren und ausgrenzen. Sosf engagiert sich gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Abonnieren Sie unser Bulletin für 25.-/Jahr

Für ein demokratisch-menschenrechtliches Europa -

Wider diese EU-Verfassung



- Tagung vom 16.-18. Sept. 2005 in Arnoldshain (Taunus, bei Frankfurt): Statt EU von oben - Für ein demokratisch-menschenrechtliches Europa von unten - Wie weiter gegen Verfassungsvertrag und Verfassungswirklichkeit der EU
- Buch: Die europäische Konstitution des Neoliberalismus - Für eine demokratische europäische Verfassungsbewegung; 10,- Euro

0049-221-97269 -30, Fax: -31
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

**Komitee für Grundrechte
und Demokratie
Aquinostr. 7-11
D-50670 Köln**

In der Schweiz kann die Broschüre beim Widerspruch (Tel. 044 273 03 02, vertrieb@widerspruch.ch) bezogen werden.

Diskussion

Mascha Madörin

Feministische Ökonomiekritik und Wirtschaftspolitik

Beitrag anlässlich der SPS Wirtschaftstagung

Die Sozialdemokratische Partei hat ihr letztes Wirtschaftsprogramm vor mehr als zehn Jahren verfasst. Seither hat es sowohl im Bereich feministischer Wirtschaftstheorie wie in der Gleichstellungspolitik entscheidende Entwicklungen und Neuerungen gegeben. Dies muss die SP zur Kenntnis nehmen, wenn sie ein neues Wirtschaftskonzept erarbeiten will. Zu nennen sind im Bereich der Forschung die Gründung der Zeitschrift *Feminist Economics* und zahlreiche Studien, die im Kontext von Nord-Süd-Netzwerken, die in Sachen feministischer Ökonomie schon immer führend waren, entstanden sind. Im Bereich der Gleichstellungspolitik sind auf transnationaler Ebene entscheidende Neuerungen zu verzeichnen: die Implementierung des Gender Mainstreaming auf EU-Ebene sowie die UNO- Weltfrauenkonferenz mit den anschliessenden Aktionsplänen zur Gleichstellung der Geschlechter auf nationaler Ebene und in internationalen Organisationen. Wenn auch Evaluationen der letzten Jahre zeigen, dass der Weg der Implementierung von Gender Mainstreaming noch weit (und heftig umkämpft) ist, so sind diesbezüglich doch etliche Fortschritte erzielt worden, die vor zehn Jahren noch ins Reich der politischen Naivität von Feministinnen verwiesen wurden.

Insbesondere die geschlechtsspezifischen Budgetanalysen (*gender responsive budgeting*) werden heute zunehmend zu einem wichtigen Instrument in der Gleichstellungspolitik, das – so die Empfehlung einer gemeinsamen OECD/Unifem-Konferenz und von Beijing+10 Konferenzen – bis 2015 in allen europäischen Ländern eingeführt sein sollte. Das „gender responsive budgeting“ wird als besonders hilfreiches Instrument gesehen, um dem seit der UNO-Frauenkonferenz 1995 geforderten Gender Mainstreaming in der Wirtschaftspolitik zur Realisierung zu verhelfen.

Um Hegemoniepolitik betreiben zu können, müssen die gegenwärtigen grossen Umbrüche wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art analysiert werden. Ein zukunftsorientiertes Wirtschaftsprogramm muss sich diesen Veränderungen stellen. Weder ist der Rückgriff auf linkskeynesianische Konjunktur- und Wachstumspolitik eine adäquate Antwort auf die gegenwärtigen Umbrüche, noch ist es das Beharren auf den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates. Es braucht vielmehr neue Lösungen für neue Probleme. Ein zentraler Umbruch, verursacht durch rasante Produktivitätsfortschritte

A

179

in einigen Wirtschaftssektoren und durch Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen, schlägt sich in einer Krise der Care-Economy nieder. Da die Krise der Care-Economy vorrangig Frauen trifft, ist dies m.E. der gegenwärtig wichtigste Bereich für die feministische Ökonomie. Gleichzeitig geht von dieser Krise eine Dynamik aus, die niemand ignorieren kann, der sich ernsthaft mit Wirtschaftspolitik befassen will. Deshalb muss die SP vordringlich darüber nachdenken.

Da die SP-Mitglieder selber nicht über die Zeitkapazität verfügen, sich dieses Wissen im einzelnen anzueignen, schlage ich vor, Informationstagungen zu einzelnen Themen durchzuführen, und zwar insbesondere zu folgenden Themen: Gesundheitswesen; Vergleich von europäischen Sozialversicherungssystemen; Szenarien zur Entlastung der Frauen von unbezahlter Arbeit und deren wirtschaftspolitische Konsequenzen; Finanzplatzpatriotismus. Es wäre äusserst sinnvoll, Schulungskurse in feministischer Ökonomie für ihre Basismitglieder wie für die Führungskräfte der SP anzubieten.

Im folgenden skizziere ich einige zentrale Fragestellungen feministischer Ökonomie-Kritik, die für eine aktuelle wirtschaftspolitische Debatte wichtig sind.

Wirtschaftstheoretische und -politische Fragestellungen aus feministischer Sicht

Die heute dominanten Wirtschaftstheorien vernachlässigen wichtige Faktoren, welche die wirtschaftliche Dynamik beeinflussen. Dazu gehören wesentlich die Geschlechterverhältnisse. Die gängigen Wirtschaftstheorien haben daher nur eine partielle Relevanz und führen zu falschen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen. Wirtschaftliche Umbrüche können mit Hilfe dieser partiell relevanten Wirtschaftstheorien (welcher politischen Richtung auch immer) nicht adäquat verstanden und es können keine zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Programme entwickelt werden, wenn – wie heute – grosse Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und Verschiebungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit stattfinden.

Es braucht einen Pluralismus in der wirtschaftstheoretischen Debatte. Die *Mainstream-Ökonomie* wird vorwiegend von neoklassischen Denktraditionen bestimmt und ist von Männern in privilegierter Situation und somit nach wie vor von Männern aus den westlichen Industrieländern, grossen Konzernen und ihren Elite- und Mächtigen-Elite-Universitäten geprägt. Klar ist: Gängige wirtschaftspolitische Kriterien und Zielsetzungen abstrahieren von Menschen- respektive Frauenrechten.

Es gäbe also, wenn es um Theoriebildung und Forschung in Sachen Wirtschaftspolitik geht, sehr viel zu tun. Die heutigen Gender-Analysen in wirtschaftstheoretischen Forschungen bleiben, mit löblichen Ausnahmen, in der „Add women and stir“-Methode im Rahmen der ohnehin mit fragwürdigen Grundannahmen behafteten neoklassischen Wirtschaftstheorie

stecken. Ein Ausdruck des wirtschaftstheoretischen Zeitgeistes ist auch, dass selbst innerhalb der neuen globalisierungskritischen Bewegungen wirtschaftspolitische Debatten, welche die Geschlechterverhältnisse und entsprechende theoretische Konzepte ernsthaft in ihre Überlegungen mit einbeziehen, weitgehend fehlen. Die Definitionsmacht in diesen neuen Bewegungen als auch in der *Mainstream-Debatte* auf EU- oder nationaler Ebene ist in aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen – wie gehabt – (immer noch) bei Männern zu suchen.

Allerdings wäre es falsch, zu behaupten, alles sei so wie noch vor zehn Jahren. Mindestens auf Meso-Ebenen der Wirtschaftstheorie ist in Sachen feministischer Ökonomie-Forschung und Theoriebildung Beachtliches getan worden: so beispielsweise hinsichtlich Arbeitsmarktanalysen, sozialpolitische Regimes, Armutsstudien und unbezahlte Arbeit. Der Nachholbedarf ist jedoch immens und die Mittel für entsprechende Forschung sind nach wie vor gering.

Hinzu kommt – das ist meine Hauptthese –, dass uns nach wie vor ein wirtschaftswissenschaftliches Verständnis für die makroökonomischen, volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Dynamiken fehlt, in welchem Geschlechterverhältnisse, die unbezahlte Arbeit, die Wohlfahrt von Menschen und deren Existenzsicherung nebst den gewohnten Aspekten des (Welt)Wirtschaftens in einem *ökonomischen* Zusammenhang gedacht werden können.

Folgende Punkte sind für ein solch umfassendes Verständnis ökonomischer Zusammenhänge und damit für jede Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung.

Geschlechterspezifische sozio-ökonomische Asymmetrie als Ausgangspunkt

I. Ausgangspunkt für staatliche Wirtschaftspolitik muss die grundsätzliche Feststellung sein, dass es gegenwärtig enorme sozio-ökonomische Asymmetrien zwischen Frauen und Männern gibt und dass der soziale und ökonomische Status der Frauen verbessert werden muss. Insbesondere muss jede feministische Wirtschaftspolitik von einer Arbeitsüberlastung der Frauen ausgehen. Erwerbsförderungs- und Entwicklungsprojekte gehen jedoch in der Regel davon aus, dass Frauen freie Arbeitskapazitäten haben.

II. Gleichstellungspolitik muss zum eigenständigen wirtschaftspolitischen Kriterium werden so wie Beschäftigung oder ökologische Nachhaltigkeit auch. Wirtschaftspolitische Massnahmen (inkl. die Haushaltspolitik des Staates) müssen auf ihre Auswirkungen für Frauen und Männer überprüft werden (Lebensstandard, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Care Economy, Machtverhältnisse).

Neue Theorien der Makroökonomie und der Wohlfahrt sind notwendig

III. Die bisherige Wirtschafts- und insbesondere die Wohlfahrtstheorie schwankt beliebig zwischen zwei Sichtweisen hin und her: zwischen einer rein instrumentellen, die Menschen als Erwerbs-Arbeitskräfte und damit als Produktionsfaktoren begreift, und derjenigen Sicht, wonach die Wohlfahrt letztlich das Ziel des Wirtschaftens und vor allem staatlicher Wirtschaftspolitik sein sollte. Das Problem, dass wir auch leben, wenn wir erwerbsarbeiten und nicht erst dann, wenn wir konsumieren und Freizeit haben, wird in der Mainstream-Theorie ignoriert. Hinzu kommt, dass es nicht nur Erwerbs-Arbeitskräfte, sondern auch unbezahlte Arbeitskräfte und zunehmend – auch in Europa – Arbeitskräfte in informellen Wirtschaftssektoren gibt, die mit ihrer Arbeit wesentlich zum Wohlstand eines Landes oder einer Region beitragen.

IV. Die gängigen Wirtschaftstheorien gehen irrtümlich davon aus, dass nur in der „Wirtschaft“ Reichtum produziert wird und dass die Haushalte und der Staat „konsumieren“. Das ist falsch. Haushalte und andere Institutionen, in denen unbezahlt gearbeitet wird, müssen als Produktionsorte mit eigenen Gesetzmässigkeiten in der Arbeits- und Investitionslogik angesehen werden.

V. Die gängigen Wirtschaftstheorien befassen sich nur mit einem Teil des Wirtschaftens: Staat, Gesellschaft, Arbeitskräfte, Investitionen werden aus der Sicht der Privatunternehmen und im besten Fall aus der Sicht ihrer Lohnabhängigen analysiert. Der Begriff Reproduktionsarbeit beispielsweise, der sich heute im öffentlichen und universitären Diskurs als Bezeichnung für die Hausarbeit durchgesetzt hat, ist auf die Unternehmerperspektive zurückzuführen. Aus der Sicht der Menschen handelt es sich jedoch um die Produktion ihres Lebens, ihrer Lebensbedingungen und Lebensmittel. Aus der Sicht der Wohlfahrtsökonomie ist der Begriff Reproduktion daher irreführend.

VI. Die nationalökonomischen Theorien beziehen sich auf die Ökonomie der Männer, des Staates, der Unternehmen, der physischen Infrastruktur, der Konkurrenzfähigkeit von Ländern und Unternehmern auf dem Weltmarkt. Nach dieser Perspektive ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgebaut und das BIP berechnet, das als Masseinheit heute grundlegend ist für wirtschaftspolitische Entscheide auf Makro- und Meso-Ebene (was übrigens schon Keynes problematisiert hat). Eine Theorie der Ökonomie ganzer Gesellschaften, der Ökonomie der Wohlfahrt von Menschen in einem Land samt den entsprechenden Masseinheiten muss erst noch erarbeitet werden. Dies setzt im Gegensatz zu bisherigen nationalökono-

mischen Ansätzen eine Wirtschaftstheorie voraus, welche bezahlte und unbezahlte Arbeit und die Ökonomie aller Lebensbereiche mit einbezieht. Dieser Forderung wird zwar oft zugestimmt, in der Praxis fehlt aber die Umsetzung weitgehend. Die Ökonomie der Lebensbereiche, die nicht zur formalen Wirtschaft zählt, wird immer noch als Lebenswelt, als Soziales betrachtet und in der Ökonomie – wenn überhaupt – nur als Verteilungs- und Kostenproblem in Betracht gezogen.

Es braucht neue mikroökonomische Theorien

VII. Es braucht für verschiedene Wirtschaftssektoren angemessene (kontextabhängige) Entscheidungs-, Kapital- und Produktionstheorien. Es braucht auch Entscheidungstheorien, die von zeitweiliger Abhängigkeit von und Verantwortlichkeit für andere Menschen ausgehen, ebenso von anderen Zeitvorstellungen, von anderen Menschenbildern als demjenigen des Homo Oeconomicus.

VIII. Die Markttheorien gehen von einem Subjekt-Objekt Verhältnis und ökonomischen Anreiz-Logiken aus, die mit zeitweiliger Abhängigkeit von und Verantwortlichkeit der Menschen füreinander nicht vereinbar sind und zudem eine idealtypische Sozialisierung unterstellen, die besonders asozial, konkurrenzorientiert und machistisch ist. Neue Denkmodelle zur Allokation von Ressourcen müssen für die Bereiche der persönlichen Dienstleistungen (Subjekt-Subjekt-Beziehung) konzipiert werden. Die markttheoretischen Überlegungen in der Gesundheitsökonomie beispielsweise sind mehr als fragwürdig.

IX. Eine Wirtschaftstheorie, die gleichstellungspolitischen Kriterien genügen soll, muss die Geschlechterverhältnisse, das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern nicht nur im Erwerbssektor, sondern auch in Haushalten und im Bereich von freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit in Betracht ziehen. Wirtschaftspolitik muss darauf abzielen, das Machtgefälle in allen Bereichen ökonomischer Tätigkeiten zu verkleinern. Dies gilt insbesondere für die Sozialpolitik und armutspolitische Massnahmen. Statistische Kategorien wie „Working Poor“, „Haushaltseinkommen“ etc. verdecken die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und setzen in ihren Analysen die unbezahlte Arbeit der Frauen im Haushalt voraus. In der gängigen armutspolitischen Debatte wird Existenzsicherung nur als *finanzielle* Existenzsicherung abgehandelt. Die unbezahlte Arbeit in Haushalten hat jedoch ein sehr hohes wohlfahrtsökonomisches Gewicht in Haushalten, und damit ebenso die Zeit, welche Haushaltsmitgliedern für ihre Tätigkeiten zur Verfügung steht.

Care Economy, soziale Wohlfahrt, Akkumulation und technischer Fortschritt

X. Wer gesamtgesellschaftlich relevante Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik betreiben will, kommt nicht um die Kategorie „bezahlte und unbezahlte Care Economy“ herum. Zur Care Economy gehören die Pflege und Versorgung von Menschen, das Sich-Sorgen um das Wohlergehen anderer. Dazu gehört beispielsweise das bezahlte und unbezahlte Gesundheitssystem, Teile des Erziehungswesens, Psychotherapien, Sozialarbeit, die Ernährungssysteme, unbezahlte Arbeiten im Haushalt und in der Nachbarschaftshilfe etc. Es braucht eine eigenständige Theoriebildung zu Care Economy, so wie sie inzwischen auch für die Umweltökonomie entwickelt wurde.

XI. Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist vor allem auf das Auseinanderdriften von Arbeitsproduktivitäten zurückzuführen. Je grösser die Produktivitätsfortschritte in industrialisier-, standardisier- und fusionierbaren Sektoren sind, desto teurer werden relativ dazu die Wirtschaftsbereiche, welche nicht beliebig rationalisiert werden können, und desto stärker driften Erwerbseinkommen auseinander. Dies gilt vor allem für die persönlichen Dienstleistungen und care-ökonomischen Tätigkeiten, aber auch für die Landwirtschaft etc.

XII. Die bezahlte *und* unbezahlte Care Economy gerät aus verschiedenen Gründen zunehmend in eine Krise: Zu nennen sind die Brüche in den Generationenverträgen, zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, Entzug ökonomischer Ressourcen aus den Haushalten, Verschiebungen zwischen den bezahlten und unbezahlten Wirtschaftssektoren. Eine der grössten aktuellen Herausforderungen besteht darin, die sogenannte Kostenexplosion des Gesundheitswesens aus dieser Sicht zu analysieren. Die Debatte über Pflegeversicherungen wird der Lackmestest sein, ob die Linken und Grünen in der Lage sein werden, eine zukunftsorientierte und gerechtere Gesundheits-Systempolitik zu betreiben, die gleichstellungspolitisch orientiert ist und davon ausgeht, dass wir alle mal Hilfe brauchen (ob wir alt werden oder nicht). Eine Politik, die nicht implizit auf eine Familienpolitik der 1950er Jahre zurückgreift – was nur ein sozialpolitisches Debakel sein kann –, muss erst noch gefunden werden.

XIII. Es fehlt bis heute eine kritische Analyse des zunehmenden ökonomischen Gewichts des Finanzsektors und der Akkumulation transnationaler Konzerne und der damit verbundenen Globalisierung, der Auswirkungen neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, welche die Problematik der Care Economy mit einbeziehen würde. Die Krisen und Veränderungen in Care-Economy-Bereichen treffen Frauen sehr anders als Männer.

Ökonomische Voraussetzungen von Menschenrechten

XIV. Die bisherige Wirtschaftstheorie zieht in ihren Optimierungs- und Effizienzrechnungen nicht in Betracht, dass es irreversible Katastrophen geben kann: Hungerepidemien, irreparable gesundheitliche Schäden, Perspektivenlosigkeit bei Jugendlichen oder die Zerrüttung ganzer Gesellschaften. Es braucht die Anerkennung, dass ein bestimmtes Minimum von wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen (Grundbedürfnisse) nicht und für niemanden unterschritten werden darf, auch nicht zwecks „höheren“ Gründen wie Wirtschaftswachstum, Strukturwandel oder gesellschaftlicher Veränderung. Dies ist für Frauen besonders wichtig, weil sie Nationen und Kulturen übergreifend die ökonomische Rolle des „last resort“ für Menschen in Not haben. Für Frauen hat deshalb der Sozialstaat eine sehr andere ökonomische Bedeutung als für Männer.

XV. Was die Befriedigung von Grundbedürfnissen angeht, so sind die Geschlechterverhältnisse extrem asymmetrisch und hierarchisch organisiert. Die Produktion der materiellen Bedingungen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen muss als eigenständiges ökonomisches Problem behandelt werden, als Voraussetzung zur Schaffung menschlicher Freiheit. Es braucht deshalb eine eigenständige Ökonomie der Menschenrechte. Die gängige Ökonomietheorie geht fälschlicherweise davon aus, dass für alle Menschen die (politischen, sozialen und ökonomischen) Menschenrechte verwirklicht sind und deren ökonomische Bedingungen nicht immer wieder produziert und reproduziert werden müssen.

Im Finanzsektor wird unsere Zukunft gehandelt und über sie verhandelt

XVI. Es gibt im wesentlichen zwei Weisen, wie in der feministischen Theorie das Verhältnis von Finanzsektor, Geld und Geschlecht thematisiert werden kann. Die eine Theorie, die sich mit Unterschieden zwischen den Geschlechtern befasst, knüpft an Ausbeutungs- und Sozialisierungstheorien an. Sie geht, vereinfacht gesagt, von der These aus, dass das Sein – und dazu gehört wesentlich auch die bezahlte und unbezahlte Arbeit, finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse und Konsumgesellschaft, die Bedingungen der Existenzsicherung u.a.m. – das Bewusstsein bestimmt – und damit auch, um es in der ökonomischen Terminologie auszudrücken, von einer Art der ökonomischen Präferenzen: also die ökonomischen Interessen, das ökonomische Verhalten und die Wirkungen ökonomischer Anreize. Die zweite Variante der Geschlechterdifferenztheorie befasst sich mit der Beziehung zwischen Symbolischem und den Körpern. Wie werden Bewusstsein und Psyche durch Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, z.B. durch die Konsum- und Warengesellschaft, hervorgebracht und der Körper von Phantasien

markiert, die ihm damit gleichzeitig Bilder vom Männlichen/Männlichkeit und Weiblichen/Weiblichkeit einschreiben und ihm das Erleben von Lust und Unlust ermöglichen? Gewiss muss in diesem Zusammenhang von Geld gesprochen werden, von dem die Männer so sehr viel mehr haben als Frauen, und welches das Medium par excellence für grenzenlose Wünsche, Machbarkeits-, Macht- und Gewaltphantasien und Projektionen darstellt.

XVII. Was bedeutet diese Asymmetrie in der Verfügungsgewalt von Männern und Frauen über Geld für die Geschlechterverhältnisse und für die Machtverhältnisse in der Gesellschaft? Und welchen Einfluss hat die Ausdehnung der Geldwirtschaft auf immer grössere Bereiche menschlichen Lebens und Tuns auf die Geschlechterverhältnisse?

XVIII. Als Ökonomin, die sich seit langem mit dem Finanzsektor befasst, interessiert mich immer mehr die Frage, auf welche Art und Weise Profitinteressen, das Streben nach Geld und Reichtum, der ökonomische Rationalitätsdiskurs, die enorme Risikofreudigkeit auf Finanzmärkten in unserer Kultur mit sexueller Identifikation und den Begehren von Männern und Frauen verknüpft sind. Es geht um den Finanzsektor als Ort der Produktion einer modernen hegemonialen Männlichkeit, die heute von grosser gesellschaftlicher Bedeutung ist. Aus feministischer Sicht sind daher zentrale ökonomische Begriffe wie „ökonomisches Interesse“, „rationales Verhalten“, „Vertrauen“, „Risiko“ u.a.m. Black-box-Begriffe, die mehr verdecken als sie erhellen.

XIX. Der Handel an der Börse ist Handel mit der Zukunft, und jede Investition ist eine Investition in die Zukunft. Nur: In welche Zukunft, in wessen Zukunft, in welche gesellschaftlichen Perspektiven und in welche zukünftige Geschlechterverhältnisse wird investiert – oder vermeintlich investiert? Und wer entscheidet?

XX. Systematische Analysen, die sich mit den Auswirkungen der ökonomischen Dominanz des internationalen Finanzsystems auf die Geschlechterverhältnisse befassen, welche die Frage nach diesem „Produktionsort“ männlicher Hegemonie und Dominanz und deren gesellschaftlichen Implikationen stellen, fehlen weitgehend. Ein lohnender Analysegegenstand wäre möglicherweise auch der Vergleich des altväterischen schweizerischen Nationalismus mit dem heutigen Finanzplatzpatriotismus – diesem seltsamen Gemisch aus Bankgeheimnis, Ospel, Blocher, CVP und coolen roten Leibchen mit Schweizer Kreuz.

Willi Eberle / Hans Schäppi

Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt?

Zur aktuellen Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz

In den frühen 70er Jahren begann für die kapitalistische Weltökonomie eine Phase mit niedriger Akkumulation und hoher Arbeitslosigkeit. Dieser Bruch traf die Schweiz in der Krise 1974/75 besonders hart, gingen dabei doch ca. 370'000 Arbeitsplätze verloren. Dies geschah zum grössten Teil auf Kosten von ausländischen Arbeitskräften, Frauen und Jugendlichen. In der langanhaltenden Wachstumsschwäche schwanden auch die strukturellen Grundlagen für eine Fortführung der typisch schweizerischen Variante des liberal-korporatistischen Regimes, wie er etwa als Fordismus, Wachstumspakt oder Keynesianismus beschrieben wird (Eberle/Schäppi 2002, 2004). Im Rahmen dieses Wachstumspaktes, der ab den späten 40er Jahren die eigentliche Raison d'être der sozialdemokratischen Politik beinhaltete, konnten unter Bedingungen expansiven Wachstums und dem Einbezug der reformistischen Massenorganisationen der Lohnabhängigen die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach Verteilungsgerechtigkeit vor allem in Europa, aber auch in Japan und den USA schrittweise realisiert werden. Steigende Masseneinkommen, staatliche Konjunktursteuerung, Ausbau öffentlicher Sozialversicherungen, gleicher Zugang zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen und anderen öffentlichen Dienstleistungen und die Verbesserung des Service Public hatten in der Schweiz wie auch im übrigen Europa, Japan und den USA die Nachkriegsentwicklung geprägt.

Vom Fortschritt in die soziale Regression

Seit dem Ende der 70er Jahre zielte die neoliberale Politik darauf ab, die Einflussmöglichkeiten der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften im Betrieb und in der Politik zurückzudrängen sowie Lohn- und Budgetrestriktionen durchzusetzen. Während in der Zeit der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit die Reallöhne mehr oder weniger der Produktivität folgten und die Massenkaufkraft anstieg, hat sich ab Mitte der 70er Jahre in der Schweiz, wie in anderen Ländern, die Produktivitätsentwicklung von der Reallohnentwicklung abgekoppelt. Mit dem Absinken oder Stagnieren der Reallöhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen breiteten sich die Niedriglohnssektoren aus, wurde die Existenz einer grossen Zahl von Lohnabhängigen prekariert und entstand neue Armut. Bevölkerungsgruppen wie AusländerInnen, Flüchtlinge, nur noch von der AHV lebende Alte, schwache Lohnabhängige, Invalide, Arbeitslose werden marginalisiert.